

## Von Gerechtigkeit und Freiheit

Thomas Rachel

Die Christlich-Demokratische Union diskutiert derzeit intensiv über ihr neues Grundsatzprogramm. Die Idee der „neuen Gerechtigkeit“ – unter dem Titel „Mehr Freiheit wagen“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung bereits deutlich hervorgehoben – wird derzeit unter dem Motto „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ in der CDU diskutiert. Und diese Diskussion ist gegenwärtig kontroverser denn je: Angesichts der drängenden Reformherausforderungen gehe es in erster Linie um eine „Debatte über Freiheit“ und „persönliche Verantwortung“, und hier liege der wesentliche „Kern des unverwechselbaren Programms der Union“, hatte der hessische Ministerpräsident Roland Koch vor einiger Zeit betont. Demgegenüber hatte Jürgen Rüttgers von einer „sozialen Schieflage“ im zurückliegenden Wahlkampf gesprochen und gefordert, sich von den „kapitalistischen Lebenslügen“ zu verabschieden. Der saarländische Ministerpräsident, Peter Müller, hat sich nun auch gerade zu Wort gemeldet und betont, dass die CDU „nicht nur die Partei der Freiheit“ sei, sondern „vor allem die Partei der Gerechtigkeit“ sein müsse. Ist die Union nun sozial oder doch eher liberal? – Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass es bei der gegenwärtigen Debatte um die Grundwerte von „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ um eine zentrale Identitätsfrage der Christdemokratie geht.

Es lässt sich aber leicht einsehen, dass sowohl die Argumentationen von Minis-

terpräsident Roland Koch als auch diejenigen der Ministerpräsidenten Rüttgers und Müller an entscheidenden, die Grundprogrammatik der CDU betreffenden Punkten ergänzungsbedürftig beziehungsweise zumindest missverständlich sind. Denn genauso wenig, wie es ausreicht, angesichts von rund vier Millionen Arbeitslosen einfach nur das Loblied auf die Werte von Freiheit und Eigenverantwortung weiterzusingen, darf sich die Union, angesichts der kritischen finanziellen Lage von Bund, Ländern und Kommunen, zu nicht einzuhaltenden wohlfahrtsstaatlichen Versprechungen hinreißen lassen.

Es wäre ein notwendiger Impuls für unsere sozialstaatlichen und ökonomischen Reformdebatten, wenn wir wieder damit beginnen, dasjenige in einem wechselseitigen Bedingungs- beziehungsweise Beziehungsverhältnis zu sehen, was leider allzu oft getrennt voneinander betrachtet wird, nämlich die sogenannten Grundwerte von „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“. Die von den einschlägigen gesellschaftlichen Interessengruppen, Parteien und parteiinternen Lagern immer wieder nur mit einseitiger Akzentsetzung erhobenen Forderungen nach entweder mehr „Gerechtigkeit“ oder mehr „Freiheit“ bleiben nämlich nur im bloß Abstrakten stecken und verhindern durch ihre Ideologiefälligkeit wirklich gangbare und konkrete Lösungswege. Es muss gerade aktuell wieder deutlich werden, dass erst die gegenseitige Verbindung, Durchdringung und Begrenzung der Leitbilder von

„Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ auch die notwendigen Spielräume für effektive politische Reformen schaffen können.

Dieses Wechselverhältnis gilt es – gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Probleme unseres Sozialstaates und der desolaten „Kassenlage“ – grundlegend zu reflektieren. Denn die gewöhnliche, sektorale und interessen- beziehungsweise gruppenspezifische Ausrichtung der geläufigen Gerechtigkeitsdefinitionen ist durch ein neues Gesamtverständnis von Gerechtigkeit zu ersetzen. Das neue Nachdenken der Union sollte Freiheit deshalb gerade als unverzichtbares Wesenselement am Gerechtigkeitsbegriff selbst qualitativ neu hervortreten lassen und würdigen. Es geht um eine neue Würdigung von Freiheit und Eigenverantwortung, die eben nicht auf Kosten des Solidar- und des Gerechtigkeitsgedankens geht. Doch wie lässt sich dies nun für die Christlich-Demokratische Union adäquat formulieren und kommunizieren?

Die entscheidende Bedingung hierfür liegt vor allem in dem Erfordernis der Rückbesinnung auf unsere ureigensten, im christlichen Menschenbild wurzelnden Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen. Wer eine „neue Gerechtigkeit“ durch „mehr Freiheit“ vertritt, sollte wissen: Die Freiheit des Christenmenschen ist eben nicht die radikale Freiheit von allem und jedem, sondern die Freiheit in Bindung und Verpflichtung, die sich gleichermaßen um Verantwortung für sich selbst wie auch für andere bemüht. Sie ist eben nicht die abstrakt-individualistische Freiheit des Liberalismus, sondern die Freiheit des Christenmenschen in der Verantwortung vor Gott und den Menschen.

Der Mensch existiert nach christlicher Vorstellung nicht in erster Linie autonom für sich, so wie es das Dogma einer

individualistisch-hedonistischen Gesellschaftskultur immer gerne definieren möchte. Der christliche Glaube bekennt vielmehr, dass der Mensch nur in lebendigen Relationen existieren kann. Er lebt somit in Bezügen hilfreicher Gemeinschaft, die ihn bejahen und die er wiederum bejaht. Darum ist die wohlverstandene Freiheit im christlichen Menschenbild immer auch zugleich solidarisch vermittelt. Das bedeutet, dass Freiheit und Gerechtigkeit niemals als voneinander gesonderte Perspektiven des Menschseins einander gegenübergestellt werden beziehungsweise auseinanderfallen können. Auf der anderen Seite folgt daraus natürlich ebenso, dass das christliche Menschenbild aber auch der kollektivistischen, freiheitsfeindlichen Gleichmacherei des sozialistischen Menschenbildes (sowie seiner aktuellen Ableger in der Sozialstaatsdebatte) klar entgegentritt. Sowohl die katholische Soziallehre als auch die evangelische Sozialethik sehen mit ihrem christlichen Menschenbild den Menschen in vollgültiger Weise als gemeinschaftsbezogenes Wesen jenseits der fragwürdigen Alternativen individualistisch-liberaler oder kollektivistisch-sozialistischer Verzerrungen. Insofern ist in christlicher Perspektive Eigenverantwortung nicht einfach mit Egoismus und Gerechtigkeit nicht einfach mit Sozialismus zu verwechseln. Die CDU ist gut beraten, wenn sie sowohl Abstand zur Staatsgläubigkeit als auch klaren Abstand zur Marktgläubigkeit herstellt.

Das christliche Menschenbild, dem sich die Union auch im einundzwanzigsten Jahrhundert verpflichtet fühlt, ist auch weiterhin ein verlässlicher Kompass für die Zukunft, denn es steht für einen wohlverstandenen Freiheits- und Gerechtigkeitsbegriff mit garantiertem gesellschaftspolitischen „Mehrwert“.